

Hamburg, 06.11.17

Pressemitteilung der Initiatoren von Hamburg hat Platz! und Hamburg: Keine Abschiebung nach Afghanistan!

Das BHFİ – Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen und der Aktionskreis Hamburg Hat Platz (AHHP) übergeben gemeinsam mit Olaf Harms (ver.di) und Frederik Dehnert (GEW) am **8. November um 17 Uhr vor dem Rathaus zwei Online-Petitionen** an den Hamburger Senat und die Bürgerschaft: „Hamburg hat Platz!“ und „Hamburg: Keine Abschiebung nach Afghanistan“, die von 35 bzw. 21 Hamburger Organisationen, Gewerkschaften, Organisationen, Vereinen, Gruppen und Bündnissen sowie 4600 bzw. 5240 Hamburger Einzelpersonen unterstützt werden.

Vor der Übergabe werden um **16.15 Uhr auf der Reesendambrücke** die Initiatoren ihre Forderungen nach einer solidarischen Flüchtlingspolitik formulieren. Das aktivistisch-künstlerische Kollektiv „Schwabinggrad-Ballett and ARRIVATI“ begleitet die Aktion mit einer Performance.

Die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge und Asylsuchenden ist im Vergleich zu den Vorjahren drastisch gesunken. So sanken die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zwischen Januar-September 2017 angenommenen Asylanträge gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um ganze 76,5 Prozent. Wer Immigranten als Deutschlands gravierendstes Problem ansieht, kann also aufatmen! **Und die Geflüchteten?**

Noch immer harren zehntausende Schutzsuchende aus Syrien, Irak, Afghanistan und anderen Ländern in den **EU-Hot Spots** auf den griechischen Inseln oder vor den Toren Europas unter menschenunwürdigen Bedingungen aus und ein **weiterer Winter mit Erfrierungstoten** droht. Eine Rückkehr in ihre Heimatländer ist aufgrund anhaltender Kriege und Terror auf absehbare Zeit nicht möglich. Die Hoffnung auf eine Einreise nach und ein menschenwürdiges Leben in Europa und Deutschland scheint jedoch angesichts einer immer restriktiveren Flüchtlingspolitik in weite Ferne gerückt. Selbst der Familiennachzug wird ihnen zum großen Teil verwehrt.

Dabei hatte sich die EU 2015 auf ein **Relocation-Programm** geeinigt, welches vorsah, die Lage in Griechenland und Italien zu entschärfen und bis September 2017 160.000 Flüchtlinge aus den Hot Spots in andere Länder Europas umzuverteilen. Deutschland sollte demnach 27.536 und Hamburg davon rund 700 Geflüchtete aufnehmen. Die ernüchternde Bilanz nach Ablauf des Programms: Lediglich 29.843 Personen wurden in andere EU-Länder umverteilt, 8.479 davon nach Deutschland, was für Hamburg vermutlich etwas über 200 bedeuten dürfte.

Anstatt also **legale Fluchtwege aus den Krisengebieten** nach Europa zu schaffen, führte die ab März 2016 forcierte Zusammenarbeit mit der Türkei und später mit Libyen zu einer regelrechten Abriegelung bestehender Fluchtwege. Zudem kam und kommt es weiterhin zu monatelangen Inhaftierungen von Schutzsuchenden unter menschenunwürdigen und – wie im Falle libyscher

Internierungslager – KZ-ähnlichen Bedingungen. Der Zugang zu einem gerechten Asylverfahren ist dabei nahezu unmöglich.

Vielmehr werden wie in Griechenland Asylgesuche der zumeist über die Türkei eingereisten Schutzsuchenden über Schnellverfahren „geprüft“ und i.d.R. als unzulässig beschieden. Nachdem das höchste griechische Gericht nun der Türkei bescheinigt hat, ein „sicheres Drittland“ zu sein, wird dies zur Folge haben, dass sie wieder in den vermeintlich „sicheren Drittstaat Türkei“ abgeschoben werden, es sei denn, der Europäische Gerichtshof untersagt das.

Aber auch **Abschiebungen aus Deutschland in sogenannte „sichere Herkunftsstaaten“** oder „inländische Schutzalternativen“ wie in Afghanistan sind fester Bestandteil asylrechtlicher Praxis – ungeachtet der andauernden Kämpfe, terroristischen Anschläge und der exzessiven Gewalt auch in den von den Regierungen kontrollierten Gebieten.

Die systematische Untergrabung grundlegender Prinzipien internationalen Flüchtlingsrechts findet ihre Fortsetzung innerhalb Deutschlands in der vermehrten Erteilung lediglich subsidiären Schutzes etwa für Syrer und in der seit 2016 geltenden Aussetzung der Familienzusammenführung für selbige – mit der Folge, dass viele Geflüchtete, darunter 60% minderjährige, auf Jahre von ihren Familien getrennt bleiben.

Dabei hätte Hamburg beste wirtschaftliche Voraussetzungen sowie Platz für mehr Flüchtlinge.

„**Hamburg hat Platz!**“ – das sagen 35 Hamburger Gewerkschaften, Organisationen, Vereine, Gruppen und Bündnisse sowie 4.600 EinzelunterzeichnerInnen der gleichnamigen Online-Petition, die am 08. November 2017 an VertreterInnen des Hamburger Senats und der Bürgerschaft übergeben wird. Die Forderung lautet, dass Hamburg 1000 Geflüchtete aus Griechenland holen soll, um sie aus ihrer verzweiferten Lage zu befreien.

Zudem fordern sie gemeinsam mit 21 Organisationen und über 5.200 EinzelunterzeichnerInnen der Online-Petition „**Hamburg: Keine Abschiebungen nach Afghanistan!**“, die zur gleichen Zeit übergeben wird, dass Hamburg weitere Abschiebungen nach Afghanistan unterlässt und die Senatorenregelung für AfghanInnen umgehend wieder einsetzt oder eine ähnliche Regelung erlässt.

Hamburg hat als Stadtstaat nicht nur die Möglichkeit, sich gegenüber dem Bund für die Aufnahme von mehr Geflüchteten und gegen die Abschiebungen nach Afghanistan einzusetzen. Mit einer solidarischen Willkommenspolitik und der Umsetzung der genannten Forderungen würde die Hansestadt auch ein Signal an andere deutsche und europäische Städte senden, Verantwortung im Sinne der internationalen Flüchtlings- und Menschenrechte zu übernehmen.

Aktionskreis Hamburg Hat Platz (AHHP)

BHFI – Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen